FREITAG, 30. AUGUST 2013 NR. 35 55. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Beste Lage für Ihre Werbung

Beratung und Verkauf:
Fredi Kretz, print-ad kretz gmbh
Tramstr. 11, 8708 Männedorf
Telefon 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

DEMOKRATIE UNTER DRUCK

Völkerrecht ist, was die Mächtigen daraus machen

Der sich abzeichnende Militärschlag gegen Syrien, aber auch die Art und Weise, wie in der EU versucht wird, der Eurokrise Herr zu werden, zeigt wieder einmal deutlich, dass das so genannte «Völkerrecht» nur dann Recht ist, wenn es den Mächtigen passt. Nur Toren würden sich ihm blind unterwerfen.

CLAUDIO ZANETTI
KANTONSRAT SVP
ZOLLIKON

Schon der Begriff «Völkerrecht» ist irreführend, denn es sind nicht die Völker, die das, was wir Völkerrecht nennen, setzen, sondern Funktionäre. Und ausgerechnet im Bereich der Aussenpolitik blieben voraufklärerische Strukturen und Formen besser erhalten als in jeder andern Domäne. So unterscheidet sich beispielsweise das Gesuch des Bundesrats an die EG um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen oder der «Neutralitätsbrief» an den UNO-Generalsekretär in Ton und Form kaum von jenem, in dem die eidgenössische Gesandtschaft im November 1663 den französischen König Ludwig XIV unterwürfig um einen neuen Allianzvertrag ersuchte.

Völkerrecht ist nicht das Produkt eines harten politischen Ringens in einem gewählten Parlament, sondern das, worauf sich elegante Diplomaten beim Cocktail einigen. Einer der ersten Kongresse, an denen Völkerrecht gesetzt wurde, der Wiener Kongress von 1814/15, wird nicht ohne Grund auch «der tanzende Kongress» genannt.

Gutes und schlechtes Völkerrecht

Gewisse dem Zeitgeist – Rose oder Kaktus? – verpflichtete Politiker, «Experten» und Journalisten halten «Völkerrecht» für das Mass aller Dinge. Sie finden es gut, weil es «übergeordnet» sei und fordern die bedingungslose Unterwerfung unter alles, was sich «Völkerrecht» nennt. Selbst unsere Landesregierung, die einen Eid geleistet hat, die Rechte des Volkes zu schützen, vertritt mittlerweile diese Auffassung. Das ist dumm und unreflektiert. Ebenso dumm und unreflektiert ist es allerdings, etwas abzulehnen, nur weil es zum «Völkerrecht» gehört. Es ist so wie fast überall: Es gibt gutes und schlechtes Völkerrecht. Und ein souveräner Staat hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, genau zu prüfen, in welchem Masse er sich binden will.

Niemand, der ganz bei Trost ist, kann etwas dagegen haben, wenn Staaten ihr Verhältnis untereinander vertraglich regeln. Wenn beispielsweise durch Konventionen versucht wird, wenigstens etwas Menschlichkeit in Kriegshandlungen zu bringen, so stellt dies für die ganze Welt einen Fortschritt dar.

Den erwähnten Politikern, «Experten» und Journalisten geht das aber noch viel zu wenig weit. Sie sind bereit, auch all das als verbindliches «Völkerrecht» zu akzeptieren, das auf subalterner Funktionärsstufe vereinbart wurde. Recht also, dem kein Volk je zugestimmt hat.

Völkerrecht als Selbstbedienungsladen

In diesen Tagen erwartet die Welt ein militärisches Eingreifen «des Westens» in den syrischen Bürgerkrieg. Als liessen sich Kriege im Voraus beliebig zwischen zwei Golfrunden terminieren, liess der «leader of the free world» verlauten, es stehe ein Zweitagekrieg bevor. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, es handle sich um eine bessere Polizeiaktion, für die es das Einverständnis des UNO-Sicherheitsrates nicht brauche. Da dort nicht mit einem Plazet zu rechnen ist, verzichtet man kurzerhand auf das Votum des Gremiums, das, gemäss bundesrätlichen Erläuterungen für die UNO-Abstimmung vom 3. März 2002, eigens geschaffen wurde, «um rasch auf Konflikte reagieren zu können.» Auch andere Staaten haben unmissverständlich klar gemacht, dass sie die Haltung des grössten «Friedensprojekts» nicht kümmert, solange sie sich auf Kriegspfad befinden.

Es ist also so, dass selbst im Kriegs- und Friedensrecht, dessen Legitimität, ja Notwendigkeit unbestritten ist, Völkerrecht ausser Kraft gesetzt wird, wenn es im Interesse der Mächtigen liegt.

Was «die Völker» davon halten, wird nicht gefragt.

«Maastricht» – vom Völkerrecht zu Makulatur

Ein für westliche Staaten schier unglaubliches Beispiel für die willkürliche Relevanz von Völkerrecht liefert auch die EU mit ihrem Umgang mit dem als «historisch» gefeierten Vertragswerk von Maastricht. Weite Teile der darin beschworenen Vereinbarungen sind heute Makulatur. Als Deutschland und Frankreich als erste Staaten einräumen mussten, dass sie die ehernen «Maastrichter Kriterien» hinsichtlich der Neuverschuldung nicht würden einhalten können, gewährte man sich gegenseitig Dispens von den vertraglich vereinbarten Sanktionen.

Weiter wurde in diesem Vertragswerk eine «unabhängige Zentralbank» ins Leben gerufen, die längst Spielball der Politiker und Funktionäre geworden ist. Letztere haben auch versprochen, bei der Aufnahme neuer Mitglieder in die Eurozone «strenge Kriterien» anzuwenden. An solchen wären Griechenland und Zypern gescheitert. Sie sind Mitglieder und als solche zu einer Gefahr für die übrigen geworden, weil sich Politiker und Funktionäre über Völkerrecht hinwegsetzten.

Um den Vertrag dem deutschen Volk schmackhaft zu machen, wurde gebetsmühlenartig betont, es bestünden Sicherheitsmassnahmen, damit kein Land für Schulden eines anderen aufkommen müsse. Ja, Artikel 104b verbiete das sogar ausdrücklich: […] «Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.»

Die identische Bestimmung findet sich zwar auch im Lissabonner Vertrag von 2009, angewendet wird sie deswegen trotzdem nicht. Die Politiker tun so, als gäbe es sie gar nicht, oder sie behaupten gar, man sei zur «Rettung» der Währungsunion gezwungen gewesen, den Vertrag zu brechen. Frei nach Carl Schmitt bestimmt eine oligarchisch organisierte Gruppe von grösstenteils nicht demokratisch legitimierten Funktionären, wann Ausnahmezustand herrscht.

Eine solche Entwicklung kann nur gutheissen, wer nichts Gutes im Schilde führt oder die Demokratie als Bedrohung betrachtet.

Parolen zur Volksabstimmung vom 22. September 2013

SVP des Kantons Zürich

Eidgenössische Vorlagen

1. **Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»** — NEIN
2. **Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten der Menschen (Epidemiegesetz)** — JA
3. **Änderung des Arbeitsgesetzes** — JA

Kantonale Vorlagen

1. **Kantonale Volksinitiative «Für mehr Demokratie» (fakultatives Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene)** — NEIN

Landwirte telefonieren untereinander gratis

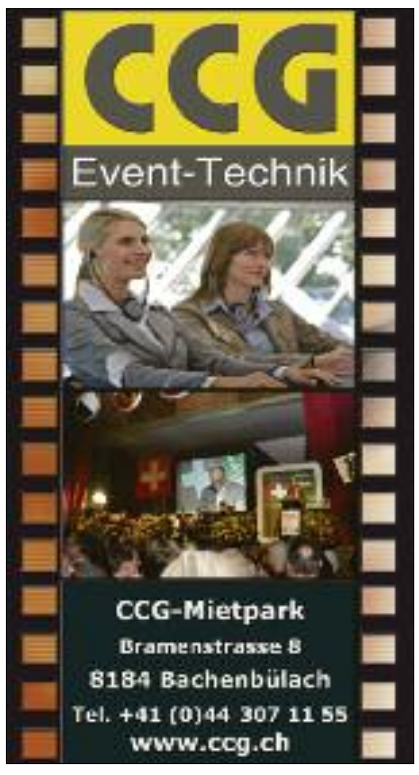
30% - 100% Rabatt auf Handy Abopreise

z.B. für nur 63 Franken im Monat in alle Schweizer Mobil- und Festnetze telefonieren inkl. unlimitiert surfen und SMS/MMS schreiben.

Wir beraten Sie gerne!!

Maschinenring

CCG
Event-Technik



CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

MECACRYL

PLEXIGLAS
aus Pfäffikon ZH

für Industrie, Gewerbe und privat

- Top-Zuschnittservice
- Plexiglas-Handwerk
- Thermoverformung

MECACRYL GmbH
H. Hablützel

Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, **8330 Pfäffikon ZH**
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

Wandern auf Madeira

Entdecken Sie mit uns versteckte, abwechslungsreiche Inselpfade – entlang einer Levada oder durch einen Lorbeerwald!

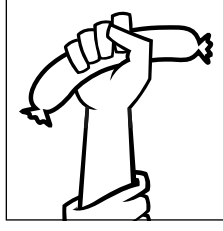
Bestellen Sie den neuen Katalog
Imbach Wanderferien, 6000 Luzern
041 418 00 00 oder info@imbach.ch
www.imbach.ch

IMBACH
wandern weltweit

Überparteiliches Komitee JA zur Arbeitsgesetzreform, Laupenstrasse 2, 3008 Bern
www.arbeitsgesetz-ja.ch

Gregor Rutz, Nationalrat SVP/ZH:

«Das fehlt gerade noch - dass der Staat uns vorschreibt, was wir wann einkaufen müssen...!»



Am 22. Sept.
ARBEITSGESETZ
JA

Swissness, Sennen und Sägemehl

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Zeichen geschehen und Wunder. Swissness ist in. Die Schweiz ist hip. Patriotismus ist Pflicht. Man macht wieder auf konservative Werte. Die Devise heisst Rösti, Rütli, Réduit. Ein gutes Zeichen. Manche haben etwas gemerkt. Manche haben etwas gelernt. Doch aufgepasst: Nicht alles, was Tracht trägt, ist schweizträchtig. Nicht überall, wo Schweiz draufsteht, ist Schweiz drin.

Der Sozi-Soziologe Kurt Imhof von der Universität Zürich mahnt die Linke schon lange, die Begriffe «Heimat» und «Patriotismus» nicht der SVP zu überlassen. Dabei meine er selbstverständlich einen «Verfassungspatriotismus». Wie wenn das trocken paragrafierte staatliche Grundgesetz das Wesen einer lebendigen Nation ausmachen könnte. «Verfassungspatriotismus»? Genauso gut könnte ein Verliebter seiner Angebeteten im Mondschein ins Ohr hauchen: «Ich liebe dein Skelett.»

Irgendetwas ist passiert. Talkmaster Roger Schawinski, der einst betonte, er habe «zeitlebens nur die SP gewählt», lässt sich in der Weltwoche in der Uniform eines Soldaten der Schweizer Armee abbilden. Der Schauspieler Mathias Gnädinger – ein «hochpolitischer Künstler aus dem linken Spektrum» – zeigt sich ganzseitig im Sennenhemd und sagt: «Gut, gibt's die Schweizer Bauern.» Beat Schlatter, als Komiker im hinteren Mittelfeld, aber als Ideologe vorne ganz links («Ich bin Wähler der Juso»), drehte einen Film übers Schwingen. Seither gibt sich der Stadtzürcher als Experte an jedem ländlichen Sägemehlring.

Überhaupt das Schwingen. Das Eidgenössische Schwingfest in Burgdorf wird nächstes Wochenende überrannt von urbanem Partyvolk, halbseidenen Halbpromis und den SP-Nationalrätinnen Evi Allemann und Margret Kiener Nellen als Ehrengästen. Christa Markwalder küsst als oberste Ehrendame in Berner Tracht. Die EU-Beitritts-Freundin wird sich allerdings hüten, bei den 52 000 Zuschauern eine konsultative Abstimmung über den EU-Beitritt durchzuführen.

Nachahmen nützt nichts. Was zählt, ist das Original. Wenn Philipp Müller einen Bankier mit dem A-Wort beschimpft, macht er seine FDP noch lange nicht zur Büezer-Partei. Wenn Christdemokrat Christophe Darbellay die Abtreibung befürwortet, ist er noch längst keine Ikone der Feministinnen. Und wenn die SVP plötzlich auf die Windenergie setzte, wäre sie nur eines: eine Windfahne.

ABSTIMMUNG VOM 22. SEPTEMBER 2013

Ein klares NEIN zu einer wehrlosen Schweiz

Die armeefeindliche Abstimmung über die Wehrpflicht ist ein direkter und unverantwortbarer Angriff auf das Erfolgsmodell der Schweiz. Sie ist äusserst schädlich, denn es geht hier um weit mehr als um den Erhalt des Armeebestandes. Unser ganzes Milizsystem, zusätzliche Arbeitsleistungen zugunsten unseres Staates und der Gesellschaft, mit der die Schweiz gross geworden ist, steht hier zur Diskussion. Es wird entscheidend sein, dass die Bürgerinnen und Bürger diese Tragweite sehen.

JACQUELINE HOFER
KANTONSRÄTIN SVP
DÜBENDORF

Die Schweiz verfolgt seit Jahrhunderten eine klare Neutralitätspolitik. Nicht an Kriegen teilnehmen, sich mit niemandem militärisch verbünden, aber eine starke Landesverteidigung mit Wehrpflicht aufrechterhalten, die im Falle eines Angriffes die Schweiz verteidigen kann. So ist der Auftrag in der Bundesverfassung fest verankert. Dafür hat die Schweiz weltweit ein einmaliges Ansehen.

Ohne Wehrpflicht wäre die Sicherheit gefährdet

Die allgemeine Wehrpflicht ist die unverzichtbare Basis für eine moderne, leistungsfähige Milizarmee und damit eine glaubwürdige Landesverteidigung. Ohne Milizarmee könnten die breitangelegten Leistungen zu Gunsten unseres Landes nicht mehr erbracht werden. Die Sicherheit wäre nicht mehr gewährleistet. Denn unsere Armee könnte nicht mehr genügend Personal aufbieten. Die SVP steht klar zu einer leistungsfähigen und modernen Milizarmee und zur allgemeinen Wehrpflicht. Sie soll in der Bundesverfassung verankert bleiben. Als neutraler und eigener Staat brauchen wir eine unabhängige Armee, um unsere Aufgaben zu erfüllen. Nur so kann die Souveränität und Unabhängigkeit der Schweiz erhalten bleiben.

Freiwilligkeit funktioniert nicht

Auf Freiwilligkeit ist kein Verlass, denn an Freiwilligen würde es fehlen und die Falschen würden sich melden. Ein zu hohes Risiko für die Sicherheit der Schweiz. Das bewährte Milizsystem ist die Grundlage unseres Staates und staatspolitisch wichtig. Als selbstverantwortliche Schweizer Bürger haben wir Rechte, aber auch Pflichten. In einem liberalen Staat hat jeder seinen eigenen Beitrag zugunsten der Allgemeinheit zu erbringen. Für junge Schweizer ist es daher Pflicht, Militär- oder Zivildienst zu leisten und sich für die Sicherheit des eigenen Landes zu engagieren.

Unsere Armee mit Wehrpflicht ist ein massgeschneidertes Konzept, das eine breite Verankerung in der Bevölkerung ermöglicht. Heute kann die Schweizer Armee aus Spezialisten mit den richtigen Qualitäten aus unserer Volkswirtschaft rekrutieren. Wir brauchen alle jungen Leute, die militärdiensttauglich sind. Das ist die Qualität unserer Armee. Sozial schwache Leute können nicht die Zukunft unserer Armee sein.

Unsere Armee ist unsere einzige Sicherheitsreserve

Die Welt ist komplexer, unsicherer, instabiler und verwundbarer geworden, deshalb ist strategisch langfristiges Denken gefordert. Wir müssen in der Lage sein, auf heutige Probleme zu reagieren und gleichzeitig die Herausforderungen der Zukunft in die Lagebeurteilung miteinzubeziehen. Das ist die Stärke unserer Milizarmee, das ist die Stärke der Schweiz.

Ohne Wehrpflicht keine Sicherheit und Freiheit

Die Aufhebung der Wehrpflicht ist mit einem wuchtigen NEIN zu verhindern. Die Sicherheit des Landes und der Bevölkerungsschutz müssen auch in Zukunft gewährleistet sein. Ein Ja des Stimmvolks käme der Abschaffung der Armee gleich. Unsere Bevölkerung wurde dem Schutz der Wehrlosigkeit preisgegeben. Wir brauchen alle, wenn die Schweiz in Gefahr ist und es kritisch wird.

Die Sicherheit des Staates ist die wichtigste Pflicht, daher gibt es keine Alternative zur Wehrpflicht. Ich empfehle daher ein überzeugtes Nein zu einer wehrlosen Schweiz. Die schädliche Unsicherheitsinitiative ist klar abzulehnen.

PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Konzeptlos, konzeptloser, am konzeptlosesten

Im Gegensatz zum normalen Sprachgebrauch lässt sich in der Politik der Ausdruck «konzeptlos» problemlos steigern. So liefern sich derzeit Deutschland und die Schweiz ein Kopf-an-Kopf-Rennen im Wettbewerb um die konzeptlosere Zuwanderungspolitik. In beiden Ländern versprechen Politiker das Blaue vom Himmel herab, geloben Abhilfe und improvisieren. Und sollte ein Regierungsvertreter, wie kürzlich Frau Merkel, feststellen, dass Multikulti «absolut gescheitert» sei, so bleibt das garantiert ohne jede konkrete Folge. Opium für das Volk.

SVP. Solcher marktschreierischer Populismus geht unserem Bundesrat zwar ab, ehrlicher ist seine Ausländerpolitik deswegen allerdings nicht. Seit der «Schwarzenbach-Initiative» von 1970 heisst es, man wolle das Problem entschlossen angehen. Der Ausländeranteil hat sich seither mehr als verdoppelt. Und das bei einer massiven Erhöhung der Bevölkerungszahl und trotz Masseneinbürgerungen.

Man rief IT-Spezialisten, es kamen Spargelstecher

Zu Beginn des Jahrtausends glaubte die deutsche Regierung allen Ernstes, sie brauche nur mit den Fingern zu schnippen, und hoch qualifizierte Fachkräfte, vor allem indische Computerspezialisten, würden in Scharen ins Land strömen. Es wurde sogar eigens eine «Green Card» für diese Kategorie von Wunschzuwanderern geschaffen.

Das erste Exemplar kann heute im Museum bestaunt werden. Der Erfolg der Aktion blieb allerdings aus. Auch der Versuch mit einer «Blue Card» für Ingenieure erwies sich als Schlag ins Wasser. Dafür kamen osteuropäische Spargelstecher und für arbeitslose Griechen, Spanier, Polen, Bulgaren und Rumänen, die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union geniessen, gilt Deutschland als attraktives Ziel.

Deutschland: Pro Jahr weit über 100 000 Bulgaren und Rumänen

Auch unter Asylsuchenden ist Deutschland sehr beliebt. Es zeichnet sich für 2013 eine Verdoppelung der Zahl der Gesuche im Vergleich zum Vorjahr ab, was der zuständige Innenminister zwar für «alarmierend» hält, was aber keinerlei Folgen haben wird. Konzeptloses Plaudern vor der Wahl.

Dabei ist den verantwortlichen Behörden längst klar, wie gravierend die Situation ist: Die Bild-Zeitung informierte am 16. Juli 2013 über ein internes Papier der öffentlichen Verwaltung, in dem vor den Folgen der Zuwanderung nach Deutschland gewarnt wird. Vor allem Grossstädte seien von der Entwicklung betroffen. Man habe es mit einer «Armuts-Einwanderung» zu tun, die den sozialen Frieden gefährde. Alleine aus Bulgarien und Rumänien waren in den letzten drei Jahren 437 000 Einwanderer zu verzeichnen. Dabei gilt erst in rund vier Monaten volle Personenfreizügigkeit mit diesen beiden Ländern ...

Während Deutschland, Österreich, die Niederlande und Grossbritannien aus Sorge um ihre Sozialsysteme von der EU bereits wirksame Massnahmen gegen die Armutsmigration fordern, wird in der Schweiz so getan, als existierte das Problem gar nicht. Und getreu dem politisch korrekten Katechismus der Stunde wird behauptet, nur bestens qualifizierte Personen seien überhaupt an einer Niederlassung interessiert. Auch bei uns spricht die Statistik eine andere Sprache: 2012 wanderten aus der EU beispielsweise 183 Informatikingenieure und gerade einmal 21 Elektroingenieuere in die Schweiz ein. Dem stehen über 6000 Personen gegenüber, die als Service- und Küchenpersonal angestellt wurden. Von diesen mag ein Grossteil über einen Universitätsabschluss verfügen, wie dies unsere Beamten gerne als Errungenschaft der Personenfreizügigkeit darstellen. Die Teller werden davon jedoch auch nicht sauberer.

Zuwanderung endlich steuern

Wie immer mehr Politikfelder leidet die Asyl- und Ausländerpolitik in der EU und in der über ein bilaterales Vertragswerk mit dieser verbundenen Schweiz am Problem der unklaren Verantwortlichkeiten.

Wichtige Entscheide werden von nicht gewählten Funktionären gefällt, die sich in ihren Elfenbeintürmen schöngeistigen Schwärmereien hingeben. Nationalen Politikern, die ihren Bürgerinnen und Bürgern zur Rechenschaft verpflichtet sind, bleibt häufig nur der Verweis auf «Brüssel». Mögen damit auch ein paar populistische Sprüche zur Beruhigung der Volksseele verbunden sein, es wird sich nichts ändern. Wozu auch ein Konzept, wenn letztlich andere, die nie verantwortlich sind, verantwortlich sind?

Genau hier setzt die Zuwanderungsinitiative der SVP an: Sie will jene Politikerinnen und Politiker in die Pflicht nehmen, die dem Schweizer Volk gegenüber in der Verantwortung stehen. Die Schweiz soll und muss wieder selber entscheiden, wer hier leben und arbeiten darf.

Genau, wie es für jeden souveränen Staat normal ist.

RATSBERICHT

Für die Wahrung des privaten Eigentums

Diese Woche debattierte der Kantonsrat über den Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Zürisee für alli». Im Fokus stand ein Seeuferweg ohne Enteignungen.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Im Jahr 2011 lehnte der Kantonsrat die Volksinitiative «Zürisee für alli» ab und beschloss einen Gegenvorschlag in der Form der allgemeinen Anregung. Darauf wurde die Volksinitiative zurückgezogen. Gemäss Gesetz über die politischen Rechte (GPR) hat der Regierungsrat innert eines Jahres nach dem Rückzug der Initiative eine dem Gegenvorschlag entsprechende Vorlage auszuarbeiten.

Dieser sieht vor, dass die Verwirklichung des Radwegnetzes dahingehend ergänzt wird, dass bis zur Fertigstellung des Uferwegnetzes auf der Grundlage des kantonalen Richtplans und der regionalen Richtpläne jährlich der Betrag von mindestens 6 Mio. Franken für den Bau von Uferwegen entlang der Zürcher Seen und Flüsse im Budget vorzusehen ist.

Standortgemeinden an Kosten beteiligt

Mindestens zwei Drittel dieses Betrags sind für den Bau der Zürichsee-Uferwege einzusetzen. Dieser Betrag verändert sich gemäss der Entwicklung des zürcherischen Baukostenindexes. Die Standortgemeinden sollen sich im Verhältnis zum Mehrwert an den Kosten beteiligen. **Pierre Dalcher** (SVP, Schlieren) erklärte in seiner Funktion als Präsident der Kommission für Planung und Bau, dass eine Mehrheit der Kommission die Annahme der Umsetzungsvorlage durch einen äusserst hart errungen Kompromiss ermöglicht hat. In einem zusätzlichen Paragraphen würden die Rechte der Eigentümerinnen und Eigentümer geschützt. Gegen deren Willen könne ein Seeuferweg nur erstellt werden, wenn eine anderweitige Führung nicht möglich oder unverhältnismässig wäre. Ebenfalls habe sich die Mehrheit der Kommission entgegen der regierungsrätlichen Vorlage für eine Beteiligung der Gemeinden an den Landerwerbskosten ausgesprochen. Die Seegemeinden würden von einem attraktiven Seeuferweg profitieren und sollten sich entsprechend beteiligen. Der Anteil der Gemeinden würde einen Fünftel der Kosten für die Planung und den Bau des Wegabschnitts betragen, einschliesslich der Landerwerbskosten.

Recht auf Grund und Boden

Der Beitrag der Gemeinde wird mit der Projektfestsetzung festgelegt. Die Mehrheit der Kommission wolle zudem in dieser Vorlage explizit festgehalten wissen, dass die Bestimmungen des CRG über den Verfall nicht genutzter Beträge auch hier gelten. Das vor allem, um den aus dem Radwegbau bekannten Diskussionen über nicht ausgeschöpfte Kredite aus dem Weg zu gehen. **Jakob Schneebeli** (SVP, Affoltern a. A) betonte im Rat, dass die SVP-Fraktion die Umsetzungsvorlage ablehnen wird. Dies, weil die Fraktion schon entschieden gegen die Volksinitiative kämpfte und sich für die absolute Wahrung des Eigentums einsetze. Man könne es nicht genug sagen: Privates Eigentum ist eine der wichtigsten Errungenschaften in unserem Land. Eigentum bedeutet, über seine legitim erworbenen materiellen und ideellen Güter jederzeit frei verfügen zu können. Zu den herausragenden Eigentumsrechten gehört dasjenige an Grund und Boden. Die Gewährleistung des Privateigentums gehört zu den wichtigsten Aufgaben eines freiheitlich demokratischen Staates. Rund 50 Prozent oder 32 km der Wegstrecke, welche für die Realisierung des «Zürichseeweges» beansprucht werden müsste, führe über Land, welches sich im privaten Eigentum befinde. Die Eigentümer dieses Landes haben ihre Ufergrundstücke in aller Regel unter erheblichem Kapitaleinsatz gestaltet und während Jahren unterhalten. Es müsse daher jedermann klar sein, dass solche Grundstücke, welche immerhin unter dem Schutz der verfassungsmässigen Eigentumsgarantie stehen, nicht kampflos zu haben sind. Zudem sei für die Realisierung der Uferwege entlang der Zürcher Seen und Flüsse jährlich 6 Millionen Franken ins Budget einzustellen. Mindestens zwei Drittel dieses Betrages sollen für den Bau des Uferweges am Zürichsee eingesetzt werden. Diese Formulierung sei irreführend, denn es bestehe an anderen Gewässern im Kanton Zürich kein Bedarf an Uferwegen.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) doppelte nach und erklärte, dass nichts gegen einen öffentlichen, direkt dem Seeufer entlang führenden Weg oder einen kurzen Steg, dort wo es Sinn mache, spreche. In der Enge werde momentan von der klassenkämpfenden linksgrünen Stadtregierung ein rund 284 Meter, fast 5 Millionen Franken teurer Steg mit allen Mitteln erzwungen. Die kommunalen politischen Kräfteverhältnisse scheinen ein solch unsinniges Vorhaben zumindest politisch zu legitimieren. Doch die Unsinnigkeit dieses linkspopulistischen Vorhabens werde ganz offensichtlich, wenn bedacht werde, dass aufgrund der desolaten Finanzlage der Stadt alle Steuerzahler im Kanton den Luxussteg via Finanzausgleich subventionieren respektive finanzieren.

Darum lehne die SVP-Fraktion den Gegenvorschlag ab und stehe für das ein, wofür sie von ihren Wählern gewählt wurde und was sie diesen auch versprochen habe, nämlich die Bewahrung der Eigentumsrechte und Erhaltung eines liberalen Standes Zürich. Volkswirtschaftsdirektor **Ernst Stocker** (SVP) betonte, dass die Regierung auch der Meinung sei, dass die Volksinitiative zu weit gehe. Der Gedanke, dass eine Lösung gefunden und diese finanziert werden müsse, stehe im Vordergrund. Bestehende Wegrechte würden nicht berührt und die Beteiligung von den Standortgemeinden sei richtig. Der Regierungsrat habe den Auftrag, diesen Weg zu realisieren und respektiere das Eigentum. Der Rat schloss die erste Lesung ab. Die zweite Lesung wird in ca. vier Wochen stattfinden.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

- … der vorberatenden Kommission den Auftrag für einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Bahnhof Stadelhofen: pünktlich und zuverlässig» mit 112 zu 52 (SVP) Stimmen erteilt. ☹
- … die erste Lesung zum Gegenvorschlag der Volksinitiative «Zürisee für alli» abgeschlossen. 😐
- … ein dringliches Postulat betreffend mehr Schutz vor Fluglärm abgeschrieben. ☺
- … ein Postulat betreffend Tunnelstrategie überwiesen. ☺
- … die erste Lesung des Reglements über die Vorbereitung der Wahlen für die Mitglieder des Bankrates und des Bankpräsidiums der ZKB abgeschlossen. 😐
- … eine Einzelinitiative betreffend Geschwindigkeitsbegrenzung auf dem Zürichsee für Wasserfahrzeuge mit Maschinenantrieb abgelehnt. ☺
- … eine Parlamentarische Initiative betreffend Erhöhung des Anteils neuer erneuerbarer Energien vorläufig unterstützt. ☹
- … eine Parlamentarische Initiative betreffend Standesinitiative für den Schutz der Angestellten im Dienst vor Gewalt und Drohungen vorläufig unterstützt. ☺
- … eine Parlamentarische Initiative betreffend Verbandsbeschwerderecht für Kulturlandschutz vorläufig unterstützt. ☹
- … eine Parlamentarische Initiative betreffend Fonds für Velo-Infrastruktur der Gemeinden abgelehnt. ☺

26. August 2013

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Der ZFI als sensibler Seismograph

CHRISTIAN LUCEK
KANTONSRAT SVP
DÄNIKON

Mit einem dringlichen Postulat aus rot-grünen Kreisen wurde der Regierungsrat aufgefordert, rasch dafür zu sorgen, dass die Vorgaben des Zürcher Fluglärm-Indexes (ZFI) eingehalten werden. Anlass dazu ist die mit dem ZFI ausgewiesene wiederholte Überschreitung der maximalen Anzahl vom Fluglärm betroffener Personen, insbesondere in den nächtlichen Randstunden. Tatsächlich sind es oft die spätabendlichen Langstreckenflüge, die, durch eine vom Tagesflugbetrieb abweichende Route verbunden mit der eher schwachen Steigleistung der von der Swiss dafür eingesetzten angejahrten Airbus A-340, von der Bevölkerung als besonders störend wahrgenommen werden. Dabei eingeschlossen sind Abflüge zum Verspätungsabbau bis längstens 23.30 Uhr.

Ausnahmebewilligung für spätere Bewegungen, zum Beispiel bei besonderen Wetterlagen oder für Notfälle oder Rettungsflüge, werden nur selten erteilt. Tatsache ist aber auch, dass die Einflussmöglichkeiten des Regierungsrates auf betriebliche Aspekte und die Flugrouten beschränkt sind, da diese in der Bundeskompetenz liegen. Auf Massnahmen zur Betriebsbeschränkung kann der Kanton erst beim Überschreiten von 320 000 Flugbewegungen hinwirken. Diese Zahl wird jedoch bei Weitem nicht erreicht, erfreulicherweise nehmen nämlich die Flugbewegungen trotz steigender Passagierzahlen ab, was auf den Einsatz grösser Flugzeuge und eine gute Auslastung zurückzuführen ist. Dies gilt auch für die spät abfliegenden Langstreckenverbindungen, die ein unverzichtbares Element für die interkontinentale Anbindung des gesamten Wirtschaftsraumes Zürich und der Schweiz darstellen. Der Entscheid der Swiss, neben der Erneuerung der Regionalflotte mit der leisen C-Serie auch die Langstreckenflotte mit den effizienten zweimotorigen Boeing 777 abzulösen, wird einen wichtigen Beitrag zur Reduktion des Lärms an der Quelle beitragen und dürfte das Problem künftig wesentlich entschärfen. Im Übrigen verwies der Volkwirtschaftsdirektor, Regierungsrat Ernst Stocker, auf das vielfältige Massnahmenpaket zur langfristigen Senkung des Monitoringwertes, wovon bereits einige Lösungen umgesetzt werden. Wichtige Teile dieser Massnahmen sind das neue Lärmgebührenmodell und das Programm zur Ausrüstung der Gebäude in besonders betroffenen Gebieten mit hochwertigen Schallschutzmassnahmen. Es ist also keinesfalls so, dass nichts unternommen wird.

Diese Fakten wurden denn auch anerkannt und das Postulat wurde, wie von der vorberatenden Kommission einstimmig empfohlen, widerstandslos abgeschrieben. Deutlich wurde in der Debatte, dass der ZFI ein empfindlicher Seismograph für die Auswirkungen des Flugbetriebs, aber eben auch für die Bevölkerungsszunahme – zuweilen auch in vermeintlich weniger attraktiven Wohnlagen rund um den Flughafen – darstellt.

Betrachtet man den Index genauer, stellt man nämlich fest, dass alle Massnahmen zur Vermeidung des Lärms an der Quelle und auf betrieblicher Seite durch den Bevölkerungszuwachs wieder wettgemacht werden. Diese Thematik und die damit verbunden raumplanerischen Massnahmen werden den Rat mit Sicherheit noch einige Male beschäftigen.

SEEUFERWEG-VORLAGE

SVP ist befremdet über eigentumsfeindliche Haltung der Freisinnigen

Die SVP des Kantons Zürich nimmt befremdet vom eigentumsfeindlichen Entscheid des Kantonsrates zum Gegenvorschlag Seeuferweg Kenntnis. Sie hält an der absoluten Wahrung des Eigentums im Gegensatz zu den Freisinnigen fest.

SVP. Der Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Initiative «Zürisee für alli» verlangt, dass sechs Millionen Franken vom Kanton jedes Jahr für Uferwege ausgeben werden sollen, zwei Drittel davon für Projekte am Zürichsee. Jährlich budgetiert werden muss dieser Betrag explizit bis zur Fertigstellung eines durchgehenden Wegnetzes. Die SVP lehnt diese eigentumsfeindlichen Überlegungen ab und ist schockiert vom Votum von FDP-Kantonsrätin Walker Späh anlässlich der letzten Kantonsratssitzung. Diese formulierte im Vorschlag der Kommission Planung und Bau (KPB), dass gegen den Willen der Besitzer ein Uferweg gebaut werden könne, wenn eine anderweitige Führung «nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand» möglich sei.

Die SVP setzt auf die absolute Wahrung des Eigentums. Sie wird zusammen mit anderen Gruppierungen ernsthaft über ein Referendum sprechen, wenn in der zweiten Lesung nicht noch eine klare Verbesserung eintritt.

Fall Carlos: Schluss mit Kuscheljustiz!

Die SVP des Kantons Zürich ist entsetzt über den Fall des Messerstechers Carlos, dem ein Jugendanwalt eine luxuriöse Betreuung zukommen lässt. Sie fordert den verantwortlichen Regierungsrat auf, diese krasse Kuscheljustiz im Strafvollzug sofort zu beenden.

SVP. Ein Jugendanwalt gibt im Kanton Zürich für einen verurteilten 17-jährigen Messerstecher monatlich mehr als 29 000 Franken aus. Er ermöglicht dem Delinquenten eine luxuriöse 4½-Zimmer-Wohnung, entsprechend teure Thaibox-Kurse und ein 10-köpfiges Betreuerteam für persönliche Belange – rund um die Uhr.

Die SVP ist entsetzt, dass solche Massnahmen im Strafvollzug von einem linken Jugendanwalt angewendet werden. Dieser kokettierte letztes Wochenende im Fernsehen noch mit seinem linken Gedankengut. Die SVP fordert Regierungsrat Martin Graf auf, jetzt die personellen Konsequenzen zu ziehen. Ausserdem muss dieser krasse Fall von Justizversagen auch politisch in den parlamentarischen Kommissionen des Kantonsrates aufgearbeitet werden. Die SVP wird in den nächsten Tagen die notwendigen Schritte einleiten.

VERLOGENE UMWELTPOLITIK

Kulturlandschutz – ja, aber umfassend

Zu Beginn der Sommerferien hat der Zürcher Bauernverband ZBV in Henggart eine medienwirksame Protestaktion gegen die Zerstörung von Kulturland durchgeführt. Sie hat ihre Wirkung nicht verfehlt, nicht zuletzt bei den sogenannten Umweltverbänden. In einer orchestrierten Leserbriefaktion in diversen Medien wurde versucht, die Glaubwürdigkeit des Bauernverbandes ins Lächerliche zu ziehen. Eine Fraktionserklärung im Kantonsrat, verlesen durch «Pro Natura»-Präsident und Vorzeigebauer der Linken Gerhard Fischer, zielte in die gleiche Richtung. Die Aufgeregtheit bei den selbsternannten Umweltschützern zeigt, dass der ZBV mit der Aktion in eine Eiterbeule gestochen hat. In die Eiterbeule einer verlogenen Umweltpolitik.

KONRAD LANGHART
KANTONSRAT SVP
OBERSTAMMHEIM

Landwirtschaftsland wird nicht nur durch Bautätigkeit zerstört, sondern geht auch durch Ökologisierung (Abhumusierung, Schutzzonen, Gewässerräume, Revitalisierungen, Vernetzungen, Massnahmen zur Umsetzung der Landschaftsqualitätsbeiträge, Verwaldungen, Aufforstungen usw.) verloren.

Dass mit dem Bevölkerungswachstum zunehmend Lebensmittel importiert werden müssen, ist «Pro Natura» in ihrem engagierten Kampf gegen die einheimische Landwirtschaft egal, ebenso die damit verbundenen Umweltprobleme in den verschiedenen Herkunftsländern. Wer schützt eigentlich die südamerikanischen Regenwälder vor der «Pro Natura»? Die Argumente sind auf unserer Seite. Es macht keinen Sinn, die inländische Produktion noch weiter herunterzufahren. Und das bei einem Selbstversorgungsgrad, der zu den tiefsten in Europa gehört. Wir müssen mehr importieren und essen damit die Teller von anderen leer. Das ist unverantwortlich.

Stoppt die Ökologisierungsmassnahmen

Wir importieren billige Lebensmittel, deren Produktionsmethoden in der Schweiz zum Teil verboten und nicht transparent sind. Die regelmässigen Lebensmittelskandale sind nur die Spitze des Eisberges. Die Schweizer Bauern produzieren nachhaltig, die Natur hat ihren Raum, die Transportwege sind kurz. Kurz: es gibt keinen vernünftigen Grund, die Inlandversorgung zu schwächen. Und dazu gehört die Abhumusierung von Kulturland. Das Getreide von Henggart kommt künftig aus Übersee.

Das Landwirtschaftsland muss besser geschützt werden, keine Frage. Der kantonale Richtplan ist dafür ein geeignetes Mittel. Er wird zurzeit in den zuständigen Kommissionen beraten und wird vom Kantonsrat im nächsten Frühling beschlossen. Die Siedlungsfläche wird voraussichtlich leicht reduziert und verbindlich begrenzt. Gleichzeitig müssen aber auch die unverhältnismässigen «Ökologisierungsmassnahmen» auf Kosten des Kulturlandes eingeschränkt werden. Inlandproduktion ist gelebter Natur- und Umweltschutz!

Allgemeine Wehrpflicht abschaffen?

21. Juli 1969. Mit vielen Kollegen rücke ich an diesem heissen Sommertag (an dem Neil Armstrong auf dem Mond landet) mit dem legendären Morges-Apples-Bière-Bähnli in die Motorisierte Infanterie RS in Bière ein. Den meisten von uns «stinkt es». Viele hätten Ferien gehabt, die Stimmung ist eher lustlos. Ob damals auch ein paar Begeisterte darunter waren, weiss ich nicht mehr. Was ich aber sicher weiss: Hätte man uns mitgeteilt: «Der Militärdienst ist ab sofort freiwillig», so wären mit Sicherheit 90 Prozent, darunter auch ich, nach Hause zurückgekehrt. Stattdessen habe ich nachher rund 1400 Diensttage geleistet.

Was will ich damit sagen? Ich mag das dumme, lebensfremde Geschwätz von der «freiwilligen Miliz» nicht mehr hören. Wollen wir uns tatsächlich auf Freiwillige verlassen, wenn unsere Armee dereinst als letztes Mittel zum Einsatz kommen sollte? (Freiwillige, von denen man beispielsweise in Deutschland, England und Spanien viel zu wenig findet, sodass man die Soldaten zum Teil sogar in Gefängnissen rekrutieren muss). Wollen wir uns auf Freiwillige verlassen, wenn es darum geht, unser Land, unsere Bevölkerung, unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit, unsere Volksrechte, unsere sozialen Errungenschaften zu schützen und zu verteidigen? Wollen wir uns vorwiegend auf Rambos, Waffennarren und gar Asoziale verlassen, wenn es darum geht, unsere höchsten Güter zu schützen und zu verteidigen?

Die allgemeine Wehrpflicht – untrennbar verbunden mit unserem Milizsystem – sorgt dafür, dass unsere Sicherheit durch verantwortungsvolle Bürger und Familienväter, nötigenfalls unter Einsatz ihres Lebens, gewährleistet wird. Eine «freiwillige Miliz» hingegen ist ein Widerspruch in sich selbst. Sie macht nur Sinn als Vorstufe zur Abschaffung der Armee, was ja auch das Ziel der GSoA-Initianten und ihrer Mitläufer ist.

Hans Fehr, Nationalrat, Eglisau

SVP HÜNTWANGEN

Das Rafzerfeld ist gebaut

Kantonsrat Erich Bollinger referierte am Grillabend der SVP Hüntwangen über die baulichen Perspektiven des Rafzerfelds.

SVP Hüntwangen. Während der neue kantonale Richtplan für Gemeinden nahe der Stadt Zürich weitere Siedlungsgebiete vorsieht, ist im Rafzerfeld mit neuen Überbauungen Schluss: Weder neue Gewerbezonen noch Wohnzonen können die Gemeinden bestimmen. Im Gegenteil: Wenn in städtischen Gebieten eingezont wird, könnte künftig mit Auszonungen in den Dörfern kompensiert werden müssen.

Erich Bollinger, Mitglied der kantonsrätlichen Kommission für Planung und Bau, informierte darüber am Grillabend der SVP Hüntwangen vom vergangenen Sonntagabend, dem 25. August. Über 20 Personen waren in der Zuhörerschaft und am Apéro mit dabei. Was die SVP-Verantwortlichen besonders freute: Das, wie es eine Teilnehmerin ausdrückte, «eher trockene, aber wichtige» Thema interessierte über die Parteigrenzen hinaus.

Dorfkerne entwickeln

Schuld an der «Bau-Entwicklungs-Null-Perspektive» ist die angenommenen Kulturlandinitiative, zu welcher der Regierungsrat eine Gesetzesvorlage ausarbeiten musste, die verbietet, dass im Kanton Zürich die Fläche für Kulturland und Naturschutz reduziert wird. Doch der Entwicklungsstopp für die Landgemeinden ergibt sich auch aus dem Raumordnungskonzept im Richtplan. Es teilt den Kanton in Stadtlandschaften, urbane Wohnlandschaften, «Landschaften unter Druck», Kulturlandschaften und Naturlandschaften und legt für diese je unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten fest. Im Rafzerfeld (Kulturlandschaft) bleibt Wachstum nur durch verdichtetes Bauen in bestehenden Wohn- und Gewerbezonen: sofern nicht Denkmalpflege- und oder Ortsbildschutz beim Ausbau der Bauernhäuser im Dorfkern die Kosten in die Höhe treiben. Doch vorerst muss der Richtplan noch durch den Kantonsrat beschlossen werden.

Wachstumsstopp schlecht für Gewerbe

Konkrete Anträge oder Auswirkungen der Kulturlandinitiative im Richtplanentwurf durfte Erich Bollinger in der traditionell unkomplizierten Diskussion am Hüntwanger Grillabend nicht nennen – Kommissionsgeheimnis. Mancher in der Diskussion zeigte sich froh, dass die Dörfer ihren ländlichen Charakter behalten werden – kein Wachstum, wie in der Nachbargemeinde Eglisau, wo die Infrastruktur knapp wurde (fehlende Schulhäuser, Parkplätze, Verkehr).

Ob sich jedoch ohne weiteres Wachstum dereinst – wenn die Steuereinnahmen durch den Kiesabbau verschwinden – kleine Gemeinden und ihre Projekte noch finanzieren lassen, ist hingegen in Frage gestellt, denn ohne Wachstum muss sich auch das Gewerbe auf andere Regionen ausrichten. Der Richtplan kann auf solche Anliegen reagieren, da er periodisch überarbeitet wird. Die Kulturlandinitiative jedoch giesst den Entwicklungsstopp in einen Gesetzestext. Gut, dass der Kantonsrat diese Umsetzung noch ablehnen kann.

Keine kantonalen und drei eidgenössische Vorlagen für die Volksabstimmung vom 24. November 2013

Der Regierungsrat hat beschlossen, dass am 24. November 2013 keine kantonale Volksabstimmung stattfindet. Grund dafür ist, dass keine kantonalen Vorlagen auf diesen Termin hin abstimmungsreif sind.

Auf eidgenössischer Ebene wird über folgende drei Vorlagen abgestimmt:
1. Volksinitiative vom 21. März 2011 «1:12 – für gerechte Löhne»
2. Volksinitiative vom 12. Juli 2011 «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»
3. Änderung vom 22. März 2013 des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz, NSAG)

SVP Winterthur fordert weitere Kostenreduktionen

ZB. Die SVP der Stadt Winterthur sieht folgendes Optimierungspotential am Programm effort14+: Die Einnahmensteigerungen betragen 44 Prozent.

Wir fordern eine weiteren Kostenabbau und eine Reduktion der Einnahmensteigerungen.

Fehlende Effizienzsteigerungen

Im Rahmen der Abstimmung zu Fokus haben wir darauf hingewiesen, dass die Effizienzsteigerung bei einem Zusammenzug von ca. 700 Mitarbeitern zwischen 12 und 17 Mio. Franken liegen müsste. Der Stadtrat versprach ja dann auch, nach weiteren Optimierungen zu suchen. Dieses Versprechen sehen wird in effort14+ nicht eingelöst.

Flankierende Massnahmen gegen steigende Sozialkosten

Das Problem der steigenden Sozialkosten muss konkret angegangen werden. Es kann nicht angehen, dies einfach mit zusätzlichen Einnahmen zu überdecken. Die Attraktivität der Stadt für Sozialhilfebezüger muss mit flankierenden Massnahmen reduziert werden.

So zum Beispiel eine Reduktion der Leistungen auf das gesetzliche Minimum.

Kultur

Für uns scheint die Strategie, die vielen kleinen Kultursubventionen zu streichen, nicht zielführend.

Es gibt dabei viel Wünschbares, auf welches verzichtet werden kann.

Stopp von nicht zwingend notwendigen Investitionen

An Volksabstimmungen wurden verschiedene Rahmenkredite bewilligt. Bei vielen Teilprojekten gibt es keine zeitlichen Limits. So könnte z. B. die Realisierung der letzten Etappe des Eulachparks verschoben werden.

NEIN ZUM GEGENVORSCHLAG ZUR VI «ZÜRISEE FÜR ALLI»

Absolute Wahrung des Eigentums

«Uferloses Trauerspiel um den Weg am Zürichsee» – treffender als in einem Editorial der «NZZ» vom 10. Juli 2013 kann die in erster Lesung vom Kantonsrat als Gegenvorschlag zu den zurückgezogenen Volksinitiativen «Zürisee für alli» (SP) und «Uferwege für alle» (EVP) verabschiedete eigentumsfeindliche Neidvorlage nicht beschrieben werden.

HANS-PETER AMREIN
KANTONSRAT SVP
KÜSNACHT

Das klassenkämpferische Anliegen des «Zwängens eines durchgehenden Weges durch Gärten von Privateigentümern» (NZZ) wurde im Rat von unter bürgerlicher Flagge schwadronierenden Ratsvertretern tatkräftig unterstützt. Kommt es anlässlich der zweiten Lesung im Kantonsrat in zirka vier Wochen zu keiner «unheiligen Allianz» zwischen SVP, GLP und Grünen und wird die Neidvorlage damit begraben, so wird im Kantonsrat das Behörden- oder aber das Volks-Referendum von Seiten des Vereins «Für eine Aufwertung des Zürichseeufers im Recht» (Fair) ergriffen.

Untauglicher Gegenvorschlag

Mit dem vom Kantonsrat gegen die Stimmen von SVP und einigen nicht im Ratssaal anwesenden FDP-Vertretern in erster Lesung verabschiedeten Gegenvorschlag und einem darin enthaltenen, untauglichen Gesetzesparagraphen zu den Eigentumsrechten wollen Regierungsrat und Kreise um die rührige FDP-Kantonsrätin Carmen Walker Späh einer Seeuferweg-Vorlage zum Durchbruch verhelfen. Im Gegenvorschlag zu den zurückgezogenen Volksinitiativen «Zürisee für alli» (SP) und «Uferwege für alle» (EVP) soll ein Gesetzesparagraph verankert werden, welcher besagt, dass private Grundstücke nicht gegen den Willen von Grundeigentümern beansprucht werden dürfen – ausser «wenn eine andere Führung des Uferweges nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand möglich ist». Und genau hier liegt der Casus Cnactus! Wer entscheidet, wann eine andere Führung des Uferweges nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand möglich ist? Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) anlässlich jeden kleinen Bauvorhabens (Hecke und Haag-, Stützmauer-, Bootshaussanierung) mittels entsprechender Auflagen – oder schlussendlich das Bundesgericht mit Leiturteilen und anlässlich endloser Rechtshändel? Propagiert eventuell eine rührige FDP-Kantonsrätin und Bau-Rechtsanwältin besagten Paragraphen auch deshalb mit solcher Verve und Vehemenz?

Beispiele

Dort, wo die Mehrheit der Öffentlichkeit auch wirklich profitiert, keine Eigentumsrechte und Naturschutzinteressen verletzt werden und kein überlanger Steg durch den See gezogen werden muss, dort steht nichts gegen einen öffentlichen, dem Seeufer entlang führenden Weg.

Geradezu grotesk aber ist der zurzeit in Zürich-Enge geplante Weg, und krass eigentumsverletzend – würde dann der Gegenvorschlag vom Volk angenommen, wäre ein in Zukunft direkt dem Seeufer entlang führender Weg auf der Halbinsel Au, um zwei prominente Beispiele zu erwähnen: In der Enge wird zurzeit von der linksgrünen Stadtregierung ein rund 284 Meter, fast 5 Millionen Franken teurer Steg mit allen Mitteln erzwungen. Die kommunalen politischen Kräfteverhältnisse scheinen ein solch unsinniges Vorhaben – zumindest politisch – zu legitimieren. Doch die Unsinnigkeit dieses linkspopulistischen Vorhabens wird offensichtlich, wenn bedacht wird, dass aufgrund der desolaten Finanzlage der Stadt Zürich alle Steuerzahler im Kanton den Luxussteg via Finanzausgleich subventionieren respektive finanzieren!

Und auf der Halbinsel Au würde – sollte der Gegenvorschlag im Kantonsrat und anlässlich der Referendumsabstimmung eine Mehrheit finden – wohl von findigen Politikern aus naturschützerischen Gründen der neue Artikel 28 c – wie mit dem Gegenvorschlag vorgesehen – zur Anwendung gebracht werden. «Mit Naturschutz zum Klassenkampf» – so oder ähnlich könnte dann ein neuer Titel im Editorial der «NZZ» lauten …

Auf dem Weg zum Referendum

Nicht nur traurig stimmend, sondern auch wieder einmal entlarvend, wird die latente Degeneration sogenannt bürgerlicher Werte 1:1 anlässlich der Schlussabstimmung im Kantonsrat offensichtlich werden, sollte der Gegenvorschlag im Kantonsrat eine Mehrheit finden und das Referendum gegen diese die Eigentumsrechte krass verletzende Vorlage ergriffen werden müssen.

Die Hoffnung ist noch nicht ganz verloren, dass sich die Ratsvertreter aller sogenannt bürgerlichen Parteien eines Besseren besinnen und diesen untauglichen Gegenvorschlag ohne Wenn und Aber ablehnen und damit für das einstehen, für was sie von ihren Wählern gewählt wurden und was sie diesen auch versprochen haben: nämlich die Bewahrung der Eigentumsrechte und Erhaltung eines liberalen Standes Zürich!

LESERBRIEF

Nein zum Ausländerstimmrecht

Frau Lucia Tozzi führte an der kantonalen SVP-Delegiertenversammlung aus, weshalb man zur besseren Integration, den Ausländern das Stimm- und Wahlrecht erteilen sollte. Hier mein persönliches Gegenargument: Habe mich selbst 1973 hier eingebürgert, weil ich gerne mitbestimmen wollte. Was hält ihre Klientel davon ab, sich auch einzubürgern? Die Hürden dazu sind ja inzwischen bereits sehr tief. Nun etwas, das mich am meisten beschäftigt. Bin bereits seit vielen Jahren in der Schulpflege tätig und erlebe immer wieder, dass man den Eltern, welche notabene bereits seit vielen Jahren hier wohnen, einen Dolmetscher zur Verfügung stellen muss. Sollten sie das Stimm- und Wahlrecht bekommen, muss man ihnen dann die Abstimmungsunterlagen auch noch in die jeweilige Sprache übersetzen?

Deshalb am 22. September ein wuchtiges Nein zur Initiative «Für mehr Demokratie».

Helmut Kiesalter, Zürich

Eidg. Volksabstimmung vom 22. September 2013

Volksinitiative zur

Aufhebung der Wehrpflicht

Milizarmee, Freiwilligen-Miliz, Berufsarmee oder Abschaffung?

Am 22. September stimmen wir ab über die eidgenössische Volksinitiative «zur Aufhebung der Wehrpflicht». Die Bezirksparteien der FDP, SP, SVP sowie der JUSO und die Offiziersgesellschaft Zürichsee rechtes Ufer laden Sie herzlich ein zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion über diese Abstimmungsvorlage:

Donnerstag, 05. September 2013, 20.00 Uhr | Türöffnung ab 19.30 Uhr
Reformiertes Kirchengemeindehaus, Cheminée-Raum, am Dorfplatz | Zumikon

Unter der Leitung von **Beatrice Müller**, ehemalige Moderatorin «Tagesschau», stellen sich der Diskussion:

pro: **Hanspeter Göldi** | Kantonsrat SP
Dario Schai | JUSO

contra **Hans-Peter Amrein** | Kantonsrat SVP
Markus Ernst | Gemeindepräsident Küsnacht, FDP

Anschliessend an die Veranstaltung werden ein Imbiss und Getränke offeriert.

Wir freuen uns auf viele interessierte Teilnehmer.

FDP Die Liberalen · SP · SVP Die Partei des Mittelstandes · JUSO · OG ZrU

Zu Besuch im Europarat Strassburg
Am Donnerstag, 3. Oktober 2013

Programm

07.10 Uhr **Abfahrt** mit Car ab Zürich, (Fahrzeit ca. 2½ Stunden)
10.10 Uhr **Ankunft** im Europarat, Begrüssung durch Alfred Heer
10.15 Uhr **Eintritt Europarat,** Einführung und Diskussion mit Alfred Heer, Nationalrat und Mitglied des Europarats:
– Die Bedeutung des Europarates für die Schweiz und Europa
– Die Arbeit eines SVP-Nationalrats im Europarat
Besuch der Tribüne des Europarates, kurze Filmvorführung über den Europarat und Führung durch den Europapalast mit Alfred Heer.

Danach Aperitif und gemeinsames Mittagessen in einem typischen Elsässer Restaurant in der Altstadt mit Alfred Heer.

ca. 14.30 Uhr **Nachmittag zur freien Verfügung in der sehenswerten Altstadt.** Möglichkeit zur Schifffahrt, Altstadtbesichtigung, Shopping.
17.30 Uhr **Rückfahrt** nach Zürich
ca. 20.15 Uhr **Eintreffen** in Zürich
Kosten **Fr. 140.– pro Person** alles inklusive, (extra: Getränke, evtl. Stadtführung, Schifffahrt)
Anmeldung christoph.baehler@svp-zuerich.ch
Telefon 044 217 77 61
Bitte umgehend anmelden, Anzahl Plätze begrenzt

Alfred Heer

«Ich freue mich, Ihnen den Europarat vor Ort vorstellen zu dürfen!»

WICHTIGE ABSTIMMUNGEN STEHEN AN

Leistung belohnen, Eigenverantwortung stärken

Wir stehen vor zwei ganz wichtigen Abstimmungen. Am 22. September stimmen wir über die Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht ab und am 24. November über die 1:12-Initiative. Auf den ersten Blick geht es um zwei verschiedene Themen. Um Sicherheit und um Wirtschaft. Aber es lohnt sich ein zweiter Blick, damit wir sehen, worum es wirklich geht – es geht nämlich bei beiden Initiativen um das gleiche: Um einen Angriff auf unser Staatsprinzip Freiheit.

UELI MAURER
BUNDESPRÄSIDENT
WERNETSHAUSEN

Die beiden Initiativen haben noch eine weitere Gemeinsamkeit: Sie sagen nicht offen und ehrlich, was sie wirklich wollen. Es sind taktische Initiativen. Sie führen den Angriff auf die Freiheit verdeckt. Aber beide wären ein folgenschwerer Schlag gegen das Erfolgsmodell Schweiz. Sie brächten uns mehr Staat, weniger Freiheit und weniger Sicherheit – und damit auch weniger Wohlstand.

Angriff auf die Freiheit

Der Schweiz geht es darum so gut, weil sie ein freies Land ist, weil sie eine freie Wirtschaft hat und weil unsere Verhältnisse stabil und sicher sind.

Wir gestalten das Leben selbst. Niemand befiehlt uns, wo und zu welchem Lohn wir arbeiten gehen. Und niemand schreibt einem Unternehmen vor, welche Gehälter es bezahlt. So kann der freie Markt spielen, auch der freie Arbeitsmarkt.

Hierzulande lohnt sich Leistung. Gute Arbeit und gute Ideen zahlen sich aus. Aufstieg, Karriere, Wohlstand, das ist für alle möglich, die sich einsetzen. Und diese Möglichkeiten geben die Motivation für den täglichen Einsatz am Arbeitsplatz. Dank Leistung und Eigenverantwortung ist die Schweiz zu einem der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder der Welt geworden. Staatliche Einmischung in den Arbeitsmarkt schützt nicht etwa die Arbeitnehmer, sondern vernichtet Arbeitsplätze. Traurige Beispiele finden wir im nahen Ausland. In verschiedenen südeuropäischen Ländern sind die Arbeitsmärkte staatlich stark reguliert. Die Folgen sind hohe Staatsschulden, viele Arbeitslose und eine schwache Wirtschaft.

Mit der 1:12-Initiative stellen wir die Weichen: Wollen wir am liberalen Erfolgsmodell Schweiz festhalten, das uns grossen Wohlstand gebracht hat? Oder beginnen wir jene Wirtschaftsordnungen zu kopieren, die mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent Schlagzeilen machen?

Noch ein anderes, drastisches Beispiel für den Unterschied zwischen sozialistischer und freier Wirtschaft: Ich habe im Juli China besucht. Das Land hat beides erlebt: Staatlich festgelegte Preise, staatlich festgelegte Löhne, staatlich kommandierte Unternehmen, ein riesiges, gleichgeschaltetes Arbeiterheer in blauen Mao-Uniformen. Im Sozialismus sind damals Millionen verhungert. Heute hat das Land eine freiere Wirtschaft, die Wachstumsraten sind hoch und der Wohlstand steigt.

Angriff auf die Sicherheit unseres Landes

Das Erfolgsmodell Schweiz beruht auf Freiheit. Aber Freiheit gibt es nur, wenn jemand die Landessicherheit garantieren kann. Darum geht es auch bei der Aufhebung der Wehrpflicht um eine Weichenstellung: Die Armeeabschaffer wollen die Armee so schwächen, dass sie am Schluss bedeutungslos ist. Denn wenn die Wehrpflicht abgeschafft wird, zerbricht auch die bewährte Einheit von Volk und Armee.

Die Abschaffung der Wehrplicht wäre deshalb die vorweggenommene Abschaffung der Landesverteidigung. Somit geht es am 22. September um ein Ja oder Nein zu unserer Sicherheit.

Die militärischen Gründe für die Wehrpflicht fasse ich jeweils mit den drei K zusammen: Kapazität, Kompetenz und Kosten.

Kapazität: Dank der Wehrpflicht kann die Armee je nach Bedarf in verschiedenem Umfang aufgeboten werden. Gerade so, wie es eben nötig ist. Wir sind flexibel und können die Kapazität der konkreten Lage anpassen.

Bei einer Freiwilligenarmee ist das anders: Der Bestand wäre vom Arbeitsmarkt und der Wirtschaftslage abhängig, sowie vom Risiko, tatsächlich in den Einsatz zu müssen. So würde am Schluss nichts anderes bleiben, als die Grösse über die Bezahlung zu steuern. Und damit hätten wir, was in unserem Land ganz sicher niemand will: Eine Söldnerarmee.

Kompetenz: Die Erfahrungen zeigen, dass westliche Länder mit hohem Wohlstandsniveau Mühe haben, gut qualifiziertes Personal für ihre Berufsarmeen zu rekrutieren. Damit besteht die Gefahr, dass sich jene in einem Berufsheer sammeln, die im Arbeitsleben versagt haben. Wollen wir denen wirklich die Sicherheit des Landes anvertrauen?

Mit Wehrpflicht und Milizprinzip schöpfen wir dagegen aus unserem riesigen Reservoir an Können, Wissen und Talenten – in unserer Armee leisten dieselben Leute Dienst, die in ihrem Berufsleben unsere Volkswirtschaft zu einer der erfolgreichsten der Welt machen.

Absolut entscheidend wird die Frage der Kompetenz im Einsatz: Wenn wir die Armee zum Schutz unserer Infrastruktur einsetzen, geschieht das mitten im Alltag der Zivilbevölkerung. Das setzt ein Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Soldaten voraus, das bei bezahlten Freiwilligen fehlt. Wehrpflichtige Bürger dagegen haben eine grosse Akzeptanz in der Bevölkerung; sie sind ideal geeignet für Einsätze im zivilen Umfeld, weil sie ausserhalb ihrer Dienstzeit selbst beruflich und privat ein Teil davon sind.

Kosten: Die Wehrpflicht ermöglicht uns eine finanzierbare Armee. Sie kann sich auf eine spezifisch militärische Ausbildung beschränken, weil Soldaten und Kader wesentliche Fähigkeiten bereits in der zivilen Ausbildung erworben haben. Zudem werden die Wehrpflichtigen nur zur Ausbildung und für einen allfälligen Einsatz aufgeboten. So haben wir eine Armee auf Abruf, die ausserhalb der Dienstzeiten wenig Kosten verursacht.

Erfolgsrezept Schweiz bedroht

Ebenso wichtig wie die militärischen sind die staatspolitischen Argumente für die Wehrpflicht. Es geht um die Frage, ob wir als Bürger auch in Zukunft die Verantwortung für unser Land tragen wollen.

Sicherheit ist Chefsache: Wir Bürger sind der Souverän, also die oberste Instanz im Staat. Damit tragen wir aber auch die Verantwortung: Die Wahrung der Sicherheit ist Chefsache und darf nicht delegiert werden.

Mit der Wehrpflichtsarmee ist zudem die demokratische Kontrolle garantiert: Die Bürger, die das Land regieren, stellen gleichzeitig auch die Armee. Somit gibt es keine bewaffnete Macht, die ausserhalb unserer Demokratie steht.

Dienstpflicht fördert staatsbürgerliches Bewusstsein: Die Dienstpflicht schafft ein Verständnis dafür, dass «Von nichts nichts kommt»: Unser Staatswesen funktioniert nicht von selbst; ohne aktive Bürger geht es nicht.

Der Militärdienst sensibilisiert für staatsbürgerliche Fragen gerade in einer Zeit, da viele dazu neigen, sich eher als Konsumenten denn als Bürger zu sehen. Als Staatsbürger muss uns klar sein, dass man nicht alles kaufen kann: Sicherheit und Freiheit gibt es nicht gegen Geld, sondern nur dank dem permanenten Einsatz von uns allen.

Wehrgerechtigkeit und Wohlstand: Unsere Armee garantiert Sicherheit. Und Sicherheit ist die Grundlage für unseren Wohlstand. Davon profitieren alle.

Darum ist es auch nur fair, wenn alle etwas dazu beitragen. Es ist ungerecht, wenn die einen Dienst für die Allgemeinheit leisten, während andere nur den Frieden geniessen, zu dem sie nichts beitragen.

Fazit

Ich fasse zusammen und erinnere nochmals an den grösseren Zusammenhang der beiden Initiativen. Unser Erfolgsmodell Schweiz beruht auf Freiheit und Sicherheit. Das passt jenen nicht, die unsere unabhängige, freiheitliche Schweiz grundsätzlich in Frage stellen.

Die Initianten sagen uns ja viel mit ihren Namen: Der Angriff auf die freie Wirtschaft kommt von den Juso, also von den Jungsozialisten. Wer im Namen auf eine Ideologie verweist, die der Menschheit so viel Elend gebracht hat, verrät viel über seine Ziele. Und was die Initianten der GSoA wollen, das sagen auch sie uns mit ihrem Namen: Eine Schweiz ohne Armee. Also eine wehrlose Schweiz, eine Schweiz ohne Sicherheit.

Nehmen Sie diese beiden Initiativen für das, was Sie sind: Ein Angriff auf unser Erfolgsmodell Schweiz. Und ich bitte Sie, engagieren Sie sich im Abstimmungskampf, denn es steht viel auf dem Spiel!

Bundespräsident Ueli Maurer hielt dieses Referat an der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 24. August 2013 in Genf.

Podiumsdiskussion zur eidg. Abstimmung vom 22. September

Revision des Arbeitsgesetzes: Schluss mit staatlichen Verkaufsverboten?

Es diskutieren:

Pro **Natalie Rickli** • Nationalrätin SVP
Gregor Rutz • Nationalrat SVP / Präsident IG Freiheit

Contra **Maja Ingold** • Nationalrätin EVP
Daniel Vischer • Nationalrat Grüne Partei

Begrüssung: **Claudia Bekier**, Gemeinderätin SVP

Dienstag, 3. September 2013 • 20.00 Uhr
Stadthaus Uster, Gemeinderatssaal, Bahnhofstrasse 17, 8610 Uster

Anschliessend an die Veranstaltung sind alle Teilnehmer recht herzlich zu einem Apéritif eingeladen.

SVP Uster, 8610 Uster

Fadegrad

MySwitzerland

VON ROLAND SCHECK

In der Täschligate-Affäre interessierte sich die US-Talkmasterin und selbstdeklarierte Tierschützerin Oprah Winfrey für eine 35 000 Franken teure Krokodilledertasche in einer Zürcher Edelboutique. Der Deal kam aber wegen eines Missverständnisses nicht zustande, wobei die Geschichte der betroffenen Verkäuferin und diejenige von Frau Winfrey ziemlich divergieren. Die Version der Talkmasterin gipfelte wenig später in einer Verlautbarung im US-Fernsehen, wo sie öffentlich den Vorwurf erhob, dass man ihr die Tasche aus rassistischen Gründen nicht verkaufen wollte. Dieselbe Inszenierung hatte sie früher übrigens auch schon in anderen Ländern abgezogen. Dabei geht es wohl weniger um Rassismus als eher um den verletzten Stolz einer Diva, die es nicht verkraftet, wenn sie auf der Strasse nicht erkannt und angehimmelt wird. Später wurde gar publik, dass der Rassismus-Vorwurf auch ein gezielter PR-Gag im Zusammenhang mit Frau Winfreys neustem Film gewesen sein könnte.

Eine noch traurigere Rolle in der Täschligate-Affäre spielte jedoch die Organisation Schweiz Tourismus. Schweiz Tourismus tritt merkwürdigerweise nicht unter dem eigenen Namen, sondern unter dem Pseudonym MySwitzerland auf. Kurz nachdem die US-Diva ihren Rassismus-Vorwurf erhoben hatte, verschickte die Tourismus-Organisation folgende Nachricht via Twitter: «Wir schäumen vor Wut, diese Person hat sich dermassen falsch verhalten.» Damit posaunte MySwitzerland in die Welt hinaus, dass sich in der Schweiz tatsächlich ein Rassisums-Vorfall zugetragen hätte und bezichtigte die Verkäuferin vorverurteilend rassistischer Motive. Und das, ohne jegliche Abklärung getätigt zu haben. In der Weltpresse wurde diese Mitteilung sofort aufgenommen, und die entsprechenden Schlagzeilen klangen so, als hätte sich die Schweizerische Eidgenossenschaft für den Rassismus-Vorfall entschuldigt.

Und das wirft Fragen auf. Wie kann es sein, dass Schweiz Tourismus unter einem irreführenden Decknamen kommuniziert? Insbesondere für Ausländer bedeutet MySwitzerland nämlich nichts anderes, als dass es sich hierbei um einen offiziellen Kanal beziehungsweise elektronischen Schalter der schweizerischen Behörden handelt. MySwitzerland deutet auf E-Government hin. Auch fragt man sich, ob Schweiz Tourismus womöglich wie Zürich Tourismus ein Auffangbecken für ehemalige linke Funktionäre oder Politiker sein könnte. Der unverzügliche Kniefall bei Vorwürfen aus dem Ausland und die Hemmungslosigkeit, das eigene Land als rassistisch zu verunglimpfen, lassen dies fast vermuten. So oder so darf es nicht sein, dass eine Tourismus-Organisation als MySwitzerland auftritt. Schweiz Tourismus ist deshalb die Domäne MySwitzerland.com umgehend zu entziehen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Der Sozialapparat wird weiter ausgebaut

Mit einem Postulat möchten die Grünen eine Fachstelle für Schwule und Lesben einrichten. Die Fachstelle für Gleichstellung soll diese Aufgabe in Zukunft übernehmen.

ROBERTO BERTOZZI
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 11

Ziel soll es sein, bei Diskriminierungen und Arbeitsplatzkonflikten eine kompetente Anlaufstelle speziell für Homosexuelle zu haben. Für die Befürworter soll die bereits bestehende Fachstelle für Gleichstellung als «Wächterin» der Rechte von Homosexuellen fungieren. Sie soll eine professionelle Anlaufstelle sein, für die eine grosse Nachfrage bestehe. Gemäss der Stadträtin Corine Mauch soll zudem im HR-Management der Stadt Zürich ausgearbeitet werden, wie aus der Geschlechtervielfalt ein Profit für die Zusammenarbeit resultieren kann.

Ruth Anhorn vertritt die SVP-Fraktion im Gemeinderat zu diesem Thema. Sie hat Verständnis dafür, dass Personen, die homosexuell veranlagt sind, im Alltag mit Problemen konfrontiert sein können, die Heterosexuelle so nicht kennen. Andererseits muss man bedenken, dass zum Beispiel auch heterosexuelle Frauen Diskriminierungen am Arbeitsplatz oder sexuellen Belästigungen ausgesetzt werden können. Auch heterosexuelle Männer mit einem anderen kulturellen oder religiösem Hintergrund können unverschuldet Opfer von Diskriminierungen werden. Deshalb ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass die Thematik betreffend der Diskriminierung von Homosexuellen zu stark betont wird, was wiederum kontraproduktiv sein kann. Homosexuelle werden so nicht als Teil unserer Gesellschaft wahrgenommen, sondern als Sonderlinge. Sie empfiehlt deshalb die Ablehnung dieses Postulats. Das Postulat wird dennoch mit einem grossen Ja-Anteil durch den Gemeinderat angenommen.

Weisung des Stadtrates zum Verein Fanarbeit Zürich

Das Geschäft vertritt **Guido Bergmaier** für die SVP-Fraktion. Er führt aus, dass Fanarbeit nicht Kernaufgabe der Stadt Zürich ist. Es handelt sich um ein Prestige-Projekt des Sozialamts, bei dem in nächster Zeit mit einer Budgeterhöhung zu rechnen ist. Zudem handelt es sich bei einige Aufgaben, die in diesem Projekt integriert sind, um die Kernaufgaben von bestehenden Fachstellen. Deshalb empfiehlt er die Ablehnung dieser Weisung.

Für die Befürworter sind die drei involvierten Sozialarbeiter wichtige Kontaktpersonen zu den Fans, da sie in Konfliktsituationen zur Deeskalation beitragen. Dies führe zu einer Kostensenkung durch Reduktion von Vandalenschäden. Die Fanarbeit bestehe aus Kontinuität und sei wertvoll. Deshalb beantragen die Befürworter die Zustimmung der Weisung. Dass die Fanarbeiter ausschliesslich aus Akademikern rekrutiert werden, die an einer Hochschule studiert haben und einen entsprechenden Jahreslohn im 6-stelligen Bereich, von einem 100-Prozent-Pensum aus gerechnet, beziehen, bleibt dabei unerwähnt. Ebenso gut könnten aber Berufspraktiker mit sozialem Bezug zu den Fans rekrutiert werden. Diese «Sozialarbeiter» würden weniger kosten und wahrscheinlich sogar die bessere Arbeit leisten, da sie das soziale Umfeld kennen, in dem sie tätig sind und Akzeptanz geniessen. In einem solchen Fall könnte man mit gutem Gewissen von sozialer Arbeit sprechen. Jetzt bleibt aber der Verdacht im Raum stehen, dass es sich beim Verein Fanarbeit, ähnlich wie bei der Stiftung Berufslehrverbund (Weisung), die ebenfalls an dieser Ratssitzung behandelt wird, um ein Beschäftigungsprogramm für Sozialwissenschaftler handelt, die sonst auf dem freien Arbeitsmarkt keine geeignete Stelle finden würden. Im Verein Berufslehrverbund wird ⅓ des Gesamtbudgets nicht für das Zielpublikum, sondern für die Akademikerlöhne aufgewendet. Beide Weisungen werden trotz Ablehnung durch die SVP-Fraktion mit grosser Mehrheit vom Gemeinderat angenommen.

Parolen zur Volksabstimmung vom 22. September 2013 der SVP Stadt Zürich

Vorlagen Stadt Zürich

1. **Objektkredit von 216,144 Millionen Franken für den Bau eines Stadions mit Stadionplatz auf dem Areal Hardturm sowie Beteiligung von höchstens 5 Millionen Franken und jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von höchstens 8,3 Millionen Franken an die Betriebsgesellschaft** — JA
2. **Objektkredit von 103,15 Millionen Franken für die Erstellung einer Wohnsiedlung auf dem Areal Hardturm** — NEIN

SVP DER STADT ZÜRICH / DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Ja zum Fussballstadion

Am 22. August 2013 trafen sich die städtischen SVP-Delegierten zur Parolenfassung über die Volksabstimmung zum neuen Fussballstadion. Ausserdem standen einige Wahlgeschäfte auf der Traktandenliste.

ZB. Die SVP-Delegierten haben an der gut besuchten Versammlung die Parolen zu den zwei städtischen Vorlagen in der Volksabstimmung vom 22. September 2013 beschlossen. Eine Abstimmungsvorlage hat einen Objektkredit von 216,144 Mio. Franken zum Gegenstand für den Bau eines Stadions mit Stadionplatz auf dem Areal Hardturm sowie eine Beteiligung von höchstens 5 Mio. Franken und jährlich wiederkehrenden Betriebsbeitrag von höchstens 8,3 Mio. Franken an die Betriebsgesellschaft.

Die Gegner kritisierten die hohen Kosten und verlangten, dass die SVP ihrer rigiden Finanzpolitik treu bleiben solle. Das Nein wurde auch damit bergründet, dass Zürich mit dem Letzigrund immerhin ein EURO-taugliches Fussballstadion habe. Das wiederum wurde von den Stadionbefürwortern in Abrede gestellt, denn der Letzigrund sei ein reines Leichtathletikstadion und untauglich für die beiden städtischen Fussballcubs. Die Befürworter meinten, ohne ein neues Stadion verliere Zürich an fussballerischer Bedeutung und die beiden städtischen Clubs würden über kurz oder lang ganz verschwinden.

Die Geschäftsleitung SVP der Stadt Zürich

Roger Liebi, Präsident
Mauro Tuena, 1. Vizepräsident
Bruno Amacker, 2. Vizepräsident
Christian Mettler, 3. Vizepräsident
Bruno Sidler, Parteisekretär
Pia Castegnaro, Kassierin
Andreas Flury, Aktuar
Margrit Haller, Frauengruppe
Kerstin Steiner-Keller, Junge SVP
Martin Bürlimann, Beisitzer
Monika Erfigen, Beisitzerin
Benedikt Hoffmann, Beisitzer
Roland Scheck, Beisitzer
Dr. Karl E. Schroeder, Beisitzer
Rolf A. Siegenthaler, Beisitzer
Prof. Dr. Hans-Ueli Vogt, Beisitzer

Der als Gast anwesende Köbi Kuhn, FCZ-Legende und ehemaliger Trainer der Nationalmannschaft, setzte sich aus fussballerischer Sicht für das neue Stadion ein. So sei der Letzigrund fussballerisch kein interessantes Stadion, weil man beispielsweise die Treffer im gegnerischen Tor nur mit einem Feldstecher sehen könne. Bei einem Fussballmatch müssten die Zuschauer nahe am Geschehen sein können. Und das alles sei in Zürich nur mit einem neuen Stadion möglich. Nach einer lebhaften und spannenden Debatte beschlossen die Delegierten mit 38 Ja zu 26 Nein bei 2 Enthaltungen die Ja-Parole.

Einstimmig wurde die Nein-Parole zum Objektkredit von 103,15 Mio. Franken für die Erstellung einer Wohnsiedlung auf dem Areal Hardturm beschlossen.

Weniger zu reden gaben die anschliessenden Wahlgeschäfte. Bruno Sidler wurde einstimmig für weitere zwei Jahre im Amt als Parteisekretär bestätigt. Ebenfalls einstimmig wurde die Geschäftsleitung der SVP der Stadt Zürich für eine Amtsdauer von zwei Jahren gewählt.

EINLADUNG

zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung der SVP der Stadt Zürich von Donnerstag, 5. September 2013, 20.00 Uhr Restaurant Blue Monkey (ehem. Königstuhl), Stüssihofstatt 3, 8001 Zürich

Traktanden

1. Begrüssung
2. Standortbestimmung zum Auftakt des Wahlkampfs 2014 / Parteipräsident Roger Liebi
3. Wahl der Stimmenzähler
4. Nomination der Stadtratskandidaten 2014
5. Beschluss zum Wahlprogramm 2014–2018
6. Diverses

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

LESERBRIEF

Zürich braucht das Stadion

Ich möchte zuerst zu zwei Falschmeldungen der Gegenseite Stellung nehmen:

Die Kosten für den Rohbau des Stadions betragen ca. 85 Millionen (siehe Tages Anzeiger vom 12. Juli 2013). Dies entspricht in etwa den Ausgaben für die Stadien in St. Gallen und Luzern. Die restlichen Aufwendungen sind Erschliessungs-, Umgebungs- und Reservekosten.

Wieso sollten sich die beiden Clubs GC und FCZ am Stadionbau beteiligen? Ganz einfach, sie sind Mieter nicht Eigentümer! Oder haben sie jemals davon gehört, dass sich Wohnungsmieter an einem Neubau beteiligen?

Wird das Stadion nicht gebaut, muss das Land zwingend an die CS zurückverkauft werden. Einen neuen geeigneten Standort in der Stadt zu finden dürfte sich als ein sehr schwieriges Unterfangen gestalten.

Die Frage ist auch: Wer würde am meisten von einem Nein profitieren? Das sind vor allem der FC Basel und die Young Boys. Falls wir den Stadtzürcher Vereinen das neue Stadion nicht gewähren, haben weder GC noch der FCZ längerfristig eine Chance, im Spitzenfussball zu bestehen. Es geht also nicht um ein bisschen mehr Stimmung, sondern ob Zürich im Fussball weiter eine tragende Rolle spielen wird oder nicht.

Vergessen wir zudem die Jugend in der Stadt Zürich nicht; auch für sie wäre ein neues Fussball-Stadion ein Gewinn und würde der Förderung des Nachwuchses bestimmt Vorteile verschaffen.

Als Stadtzürcher und langjähriger GC-Fan finde ich es äusserst befremdlich und ärgerlich, wenn Nichtzürcher und Zugezogene in dieser Angelegenheit eine negative und ablehnende Stimmung, welche auf unwahren Argumenten basiert, verbreiten – denen fehlt entschieden das erforderliche Herzblut für «unser» Stadion!

Urs Fehr, Gemeinderat, Zürich

Jetzt unterschreiben! Ja zum Schutz der Privatsphäre

www.privatsphaere-schuetzen.ch

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.
Tel. 044 822 26 11

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERSCHENKEN

Solarium, ist noch betriebsbereit. Tel. 079 67 67 504.

ALLERLEI

Betonkernbohrungen ø von 50–500 mm, mit Diamantbohrkronen. Tel. 079 287 62 76.

VERANSTALTUNG

vo puur zu puur. 15. September 2013, Tag der offenen Tür, Neubau Schweinemast-Stall. Fam. Hächler, Lamahof, Schwobshofstr. 2, Gossau ZH.

Erfolgreich werben
im «Zürcher Boten»
und«Zürcher Bauern»

SVP Schweizerische Volkspartei Meilen BGB

Einladung: Öffentliche Veranstaltung der SVP/BGB Meilen
Meilemer Polit-Apéro

«Die Kavallerie jagt uns und wir fallen vom Pferd!»

Sonntag, 8. September 2013, 12.00 Uhr,
Auf dem Areal der «Beef 13» im Forum-Zelt

Wir treffen uns für einen gemeinsamen Eintritt um 11.45 Uhr vor dem Eingang (Nord) Mittelbergstr. neben der Info. Shuttle-Bus ab Bahnhof Meilen • Festwirtschaft

Frisch von Bern: «Das Wort zum Sonntag»

Nationalrat Toni Brunner

Danach: «Alle gegen die Schweiz und die Politik duckt!»

Nationalrätin Jacqueline Badran
SP, Zürich

Unternehmer Thomas Matter
SVP/BGB Meilen

Gesprächsleitung:
Adrian Bergmann, a. KR, Meilen

Wir laden Sie, Ihre Familie und Freunde zu dieser öffentlichen Veranstaltung herzlich ein und freuen uns auf Ihren Besuch.

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene?

Am 22. September stimmt die Zürcher Bevölkerung über die kantonale Volksinitiative «für mehr Demokratie» ab, welche ein fakultatives Stimm- und Wahlrecht für Ausländer und Ausländerinnen auf Gemeindeebene fordert. Zu diesem Thema diskutieren: T

Pro:
Angelo Barrile
Kantonsrat, SP, Zürich
Ursina Egli
Kantonsrätin, SP, Stäfa

Contra:
Hans-Peter Amrein
Kantonsrat, SVP, Küsnacht
Christian Hurter
Mitglied RPK, SVP, Uetikon am See

Moderation: Christian Dietz-Saluz, Redaktionsleiter, Zürichsee-Zeitung

Dienstag, 3. September 2013 – 20.00 Uhr
(Türöffnung 19.30 Uhr)

Restaurant Krone, Seestrasse 117, 8707 Uetikon am See

Anschliessend an die Veranstaltung werden ein Imbiss und Getränke offeriert.
Wir freuen uns auf viele Interessierte Teilnehmer.

SP Bezirk Meilen & SVP Bezirk Meilen

SP · SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

- Die «Freiwillige Milizarmee» ist eine Illusion.
- Das Erfolgsmodell Schweiz wird zerstört.
- Die Sicherheit von Land und Bevölkerung ist nicht mehr gewährleistet.
- Ziel ist die Abschaffung der Armee.

Darum am 22. September: **NEIN**
zur Unsicherheits-Initiative
Nein zur Aufhebung der Wehrpflicht

Gemeinsam für Sicherheit www.unsicherheits-initiative-nein.ch

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 2. September 2013, 13.00 Uhr Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Aeugst
Donnerstag, 5. September 2013, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst, Stamm.

Freitag, 22. November 2013, 17.00 Uhr, Besuch Kriminalmuseum, Zürich. Weitere Auskünfte bei Ruedi Bieri, Präsident, unter Telefon 044 761 66 26.

Bezirk Affoltern / Wettswil
Mittwoch, 2. Oktober 2013, 20.00 Uhr, Singsaal Schulhaus Mettlen Wettswil a. A., Podiumsveranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Nationalrat Hans Kaufmann. Zum Abschluss der Veranstaltung werden Getränke und Salzgebäck offeriert. Die Teilnahme an der Veranstaltung (inklusive «Getränke-Runde») ist gratis! Beim Schulhaus Mettlen stehen viele Parkplätze zur Verfügung! Wir freuen uns auf viele Teilnehmer!

Bezirk Bülach / Bülach
Mittwoch, 4. September 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Kaserne, Kasernenstrasse 129, Bülach, Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Bülach. Parolenfassung zu den Abstimmungsvorlagen vom 22. September. Die Veranstaltung beginnt mit dem Streitgespräch zur Wehrpflichtinitiative (NR Hans Fehr und Fabian Molina, GSoA).

Mittwoch, 4. September 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Kaserne, Kasernenstrasse 129, Bülach, öffentliche Diskussion zum Thema «Abtreten! Schluss mit Wehrpflicht?». Es diskutieren SVP-Nationalrat Hans Fehr und Fabian Molina, GSoA und Geschäftsleitung SP. Nach dem Streitgespräch stellen sich die Politiker den kritischen Fragen des Publikums.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Samstag, 31. August 2013, 9.00–13.00 Uhr, vor dem Wii-Hüsli im Dorfzentrum Dielsdorf, Standaktion Unterschriftensammlung «Privatsphäre», Zelteinweihung mit Apéro. Wir freuen uns auf jeden Besuch.

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 14. September 2013, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 20. Politstamm. Als Referent nimmt Thomas Matter teil und spricht zum Thema Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre».

Bezirk Dietikon / Oetwil a. d. L.
Freitag, 6. September 2013 und Samstag, 7. September 2013, ab 19.00 Uhr, SVP-Wy-Hüsli, der SVP-Treffpunkt am Kellerfest in Oetwil a. d. L. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Bezirke Dietikon und Dielsdorf
Samstag, 14. September 2013, Bundespräsident Ueli Maurer auf dem Altberg. 11.00 Uhr: Besammlung und Apéro: aus dem Limmattal: beim Bauernhof Hanspeter Haug, im Wiesetäli, Weiningen. Aus dem Furttal: beim Anna-Stüssi-Haus, Dänikon. 11.30 Uhr: gemeinsamer Marsch auf den Altberg. 12.45 Uhr: Grusswort von Regierungsrat Markus Kägi und Nationalrat Hans Egloff, Ansprache des Bundespräsidenten. Anschliessend Wurst vom Grill und fröhliches Zusammensein.

Bezirk Meilen / Meilen
Sonntag, 8. September 2013, 12.00 Uhr, auf dem Areal der «Beef 13», im Forum-Zelt. Meilemer Polit-Apéro zum Thema «Die Kavallerie jagt uns und wir fallen vom Pferd!». Wir treffen uns für einen gemeinsamen Eintritt um 11.45 Uhr vor dem Eingang (Nord), Mittelbergstrasse (neben der Info), Shuttle-Bus ab Bahnhof Meilen, Festwirtschaft. Frisch von Bern: «Das Wort zum Sonntag» von Nationalrat Toni Brunner. Danach: «Alle gegen die Schweiz und die Politik duckt!» mit Nationalrätin Jacqueline Badran, SP, Zürich, und Unternehmer Thomas Matter, SVP, Meilen. Gesprächsleitung: Adrian Bergmann, a. Kantonsrat, Meilen. Wir laden Sie, Ihre Familie und Freunde zu dieser öffentlichen Veranstaltung herzlich ein und freuen uns auf Ihren Besuch.

Bezirk Meilen / Uetikon am See
Dienstag, 3. September 2013, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.30 Uhr), Restaurant Krone, Seestrasse 117, Uetikon am See, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene?». Zu diesem Thema diskutieren: Pro: Angelo Barrile, Kantonsrat SP, Zürich; Ursina Egli, Kantonsrätin SP, Stäfa. Kontra: Hans-Peter Amrein, Kantonsrat SVP, Küsnacht; Christian Hurter, Mitglied RPK, SVP, Uetikon am See. Moderation: Christian Dietz-Saluz, Redaktionsleiter Zürichsee-Zeitung. Anschliessend an die Veranstaltung werden ein Imbiss und Getränke offeriert.

Bezirk Meilen / Zumikon
Donnerstag, 5. September 2013, 20.00 Uhr (Türöffnung ab 19.30 Uhr). Reformiertes Kirchengemeindehaus, Cheminée-Raum, am Dorfplatz, Zumikon, öffentliche Veranstaltung zur Eidg. Volksabstimmung vom 22. September 2013: «Volksinitiative zur Aufhebung der Wehrpflicht – Milizarmee, Freiwilligen-Miliz, Berufsarmee oder Abschaffung?» Unter der Leitung von Beatrice Müller, ehemalige Moderatorin «Tagesschau», stellen sich der Diskussion: Pro: Hanspeter Göldi, Kantonsrat SP; Dario Schai, JUSO. Kontra: Hans-Peter Amrein, Kantonsrat SVP, und Markus Ernst, Gemeindepräsident Küsnacht, FDP. Anschliessend an die Veranstaltung werden ein Imbiss und Getränke offeriert.

Bezirk Pfäffikon / Russikon
Montag, 2. September 2013, 20.00 Uhr, Riedhus, Russikon, Informationsveranstaltung zur Urnenabstimmung für die Sanierung des Schulhauses Sunneberg 2. Bitte nutzen Sie den Anlass, sich zu informieren.

Dienstag, 3. September 2013, 19.30 Uhr, Landgasthof Krone (kleiner Saal), Russikon, Parteiversammlung.

Samstag, 14. September 2013, 9.00–11.30 Uhr, beim Gemeindehaus Russikon, Standaktion mit Informationen zu den Abstimmungsvorlagen vom 22. September 2013 sowie Unterschriftensammlung.

Freitag, 20. September 2013, 19.00 Uhr (Apéro), Schützenhaus, Russikon, SVP-Party 2013, mit traditionellem Beinschinken und Kartoffelsalat. Im Anschluss referiert Ehrengast Regierungsrat Ernst Stocker zum Thema «Aus meinem Alltag als Regierungsrat». Danach wird wiederum ein Lotto-Match mit attraktiven Preisen durchgeführt.

Bezirk Uster / Uster
Dienstag, 3. September 2013, 20.00 Uhr, Stadthaus Uster, Gemeinderatssaal, Bahnhofstrasse 17, Uster, Podiumsdiskussion zur eidg. Abstimmung vom 22. September 2013 «Revision des Arbeitsgesetzes: Schluss mit staatlichen Verkaufsverboten?» Es diskutieren: Pro: Natalie Rickli, Nationalrätin SVP; Gregor Rutz, Nationalrat SVP / Präsident IG Freiheit und kontra: Maja Ingold, Nationalrätin EVP; Daniel Vischer, Nationalrat Grüne Partei. Begrüssung: Claudia Bekier, Gemeinderätin SVP. Anschliessend an die Veranstaltung sind alle Teilnehmer recht herzlich zu einem Apéritif eingeladen.

Bezirk Winterthur / Hettlingen
Donnerstag, 31. Oktober 2013, 20.00 Uhr, Gemeindesaal, Stationsstrasse 2, Hettlingen, Vortrag von Dr. Irene Aegerter über «Energiepolitik wie weiter?». Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen finden sich unter www.svp-hettlingen.ch.

Bezirk Winterthur / Pfungen
Samstag, 7. September 2013, ab 13.00 Uhr, und Sonntag, 8. September 2013, ab 12.00 Uhr, Dorfet Pfungen. Besuchen Sie die «Buurestube» der SVP.

Bezirk Winterthur / Seen
Freitag, 30. August 2013 bis Sonntag, 1. September 2013, Seemer Dorfet, Werdstrasse, Winterthur-Seen, SVP-Wyystübli mit ausgesuchten Weinen aus dem Wallis, traditionellen «Militär»-Käseschnitten, Bauernspeck und Bauernschüblig, natürlich mit Bauernbrot, sowie auch unserer bodenständigen Gerstensuppe.

Stadt Zürich / Kreis 12
Samstag, 31. August 2013, ab 13.00 Uhr bis am Morgen früh und Sonntag, 1. September 2013, bis 22.00 Uhr, traditionelle Schwamendinger Chilbi. Besuchen Sie unseren SVP-Waldbahnhof und geniessen Sie auch dieses Jahr wieder die feinen Chässchnitten, Würste und eine Vielzahl an verschiedenen Getränken. Kantonsrat Christian Mettler und das OK freuen sich auf Ihren geschätzten Besuch. Die SVP-Waldbahn wird wieder fahrplanmässig zwischen Chilbi und Ziegelhütte verkehren. Für das OK: Karin und Thomas Peter.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach
Sonntag, 15. September 2013, 11.00 Uhr, Mehrzweckanlage Teuchelweiher, Winterthur, Spaghetti-Plausch mit Referat von Nationalrat Felix Müri. Er spricht zum Thema «Aktuelles in Bern». Nationalrätin Natalie Rickli stellt den Gast vor. Kosten: Erwachsene 18 Franken und Kinder 9 Franken. Inbegriffen sind Spaghetti mit diversen Saucen à discrétion inkl. Salat und Kaffee. Jedermann ist willkommen. Anmeldung erforderlich bis Dienstag, 10. September 2013, bei Ursula Staufer, Glärnischweg 8, 8400 Winterthur, per E-Mail: ursula.staufer@bluewin.ch oder per Fax 052 213 25 50. Bitte angeben: Anzahl Personen, Name und Adresse.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Montag, 28. Oktober 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 28. November 2013, 19.00 Uhr, Adventsessen.

Montag, 27. Januar 2014, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Montag, 2. September 2013, 13.30–14.45 Uhr, Kantonsschule Zürcher Unterland, Bülach, Streitgespräch zum Thema «Wir und die andern» (Verhältnis der Schweiz zu den wichtigsten internationalen Organisationen wie UNO, EU, IKRK, Europarat, IWF/Weltbank, OECD), mit Nationalrat Hans Fehr, SVP, und Nationalrätin Jacqueline Fehr, SP.

Montag, 2. September 2013, 18.00 Uhr, Audimax der Universität St. Gallen HSG Politarena: Ständerat und Gewerkschaftsführer Paul Rechsteiner (SP, St. Gallen) und Banker Thomas Matter (SVP, Zürich) liefern sich unter der Leitung von Stefan Schmid ein rhetorisches Duell. Mit der Frage «Angriff auf den Wohlstand?» steht die wirtschaftliche Zukunft der Schweiz im Zentrum der Auseinandersetzung mit Fragen wie:
- Ist der Wohlstand der Schweiz gefährdet durch «Neidvorstösse» wie die 1:12-Initiative?
- Schwächen «unsinnige staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit» wie z. B. die Mindestlohninitiative die Prosperität der Schweiz?
- Bedrohen die «Abzockermentalität» der Manager und der «Heuschreckenkapitalismus» grosser Konzerne die langfristige gesunde Entwicklung der Schweizer Wirtschaft?
- Höhlt der «Casino-Kapitalismus» der Finanzwirtschaft den Werkplatz Schweiz aus?

Die Fragen sorgen sicherlich für genügend Zündstoff und ein interessantes Duell zwischen Links und Rechts. Das Publikum kann sich auf einen spannenden Abend freuen.
Nach der Diskussion lädt Raiffeisen zu einem Apéro mit feinen St. Galler Bratwürsten ein. Auch Vegetarier kommen nicht zu kurz und werden mit Chäshörnli verwöhnt.
Der Anlass ist kostenlos, aber aus organisatorischen Gründen zwingend anmelden (naomi.caduff@hermes-ag.ch).

Freitag, 6. September 2013, 19.00 Uhr, Restaurant Weisser Wind (Weggenstube), Oberdorfstrasse 20, Zürich, Podium «Frauen und Politik». Thema: «Lohngleichheit, Quoten, Krippenplätze». Es sind drei von vielen Begriffen, welche wir aus politischen Debatten heute tagtäglich hören, wenn es darum geht, Frauen zu fördern. Wir wollen wissen, was dahinter steckt – und fragen deshalb bei Politikerinnen nach.» Teilnehmerinnen: Tamara Lauber, Gemeinderätin, JF/FDP ZH; Claudine Esseiva, Geschäftsführerin FDP-Frauen Schweiz; Anita Borer, Kantonsrätin, JSVP/SVP Kanton Zürich, und Alma Redzic, Kantonsrätin, Junge Grüne ZH. Leitung: Dr. Michael Baumann (Stv. Ressortleiter Zürich und Region, NZZ).

Samstag, 7. September 2013, 9.00–12.00 Uhr, Armeeausbildungszentrum Luzern, Podiumsveranstaltung «Allgemeine Wehrpflicht: alter Zopf – Erfolgsmodell – Alternativen», u. a. mit Nationalrat Hans Fehr. Vorgängig Referate von Bundespräsident Ueli Maurer und Prof. Dr. Rainer Eichenberger. Anschliessend Apéro riche. Veranstalter: Chance Miliz.

Sonntag, 8. September 2013, 11.00 Uhr (ab 10.30 Uhr Festwirtschaft) in der Waldhütte «Huggenbrunnen» bei Ettenhausen, SVP-Gipfeltreffen. Begrüssung und Gesprächsleitung: Dr. Roman Engeler, Vizegemeindeammann, SVP Aadorf. Kurzreferate zu aktuellen Themen aus der Bundespolitik. Referenten: Markus Hausammann, Nationalrat, SVP Thurgau; Lukas Reimann, Nationalrat, SVP St. Gallen und Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Nationalrat, SVP Zürich. Ab ca. 12.00 Uhr: Diskussion zu allen Referaten. Schlusswort: David Zimmermann, Vizepräsident SVP-Bezirk Münchwilen. Es laden ein: SVP Thurgau, Bezirkspartei Münchwilen, SVP Kreispartei Toggenburg und SVP Bezirk Hinwil.

MOTORRAD-LANDSGEMEINDE

Samstag, 7. September 2013, 10.30 Uhr, 2. Motorrad-Landsgemeinde unter dem Leitsatz «Freiheit statt Schikanen». Eintreffen zwischen 10.30 und 12.00 Uhr. Ansprache von Bundespräsident Ueli Maurer, Kurzvoten von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident FMS, und weiteren Motorradfahrern, Verabschiedung einer Resolution durch Nationalrat Hans Fehr. Ebenfalls als Gastreferent mit dabei ist RA Valentin Landmann. Country- und Rockmusik, Getränke und Verpflegung (Verschiebedatum bei schlechtem Wetter: Samstag, 14. September 2013). Auskunft über Durchführung am Vorabend ab 20.00 Uhr über Telefon 1600, Rubrik: öffentliche Veranstaltungen, ganze Schweiz, Titel: Motorrad-Landsgemeinde.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 2296–3480
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.), Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8 % Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Öffentliche Diskussion

Mittwoch, 4. September, 20 Uhr

Restaurant Kaserne, Bülach

Abtreten!
Schluss mit Wehrpflicht?

Hans Fehr, Nationalrat SVP

kontra

Fabian Molina, GSoA, Geschäftsleitung SP

Nach einem Streitgespräch stellen sich die Politiker den kritischen Fragen des Publikums.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
SVP Bezirk Bülach

Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes